

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 27. Dezember 1921.

.....  
Goldene Hochzeiter. Vergangene Woche überreichte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters dem goldenen Hochzeitspaaren Anton und Berta Karpeles, Sigmund und Johanna Huth, Wien, die Ehrengabe der Gemeinde zur Feier der goldenen Hochzeit.

.....  
Die Weihnachtsspende für die Wiener Lehrerschaft. Der von der Pittsburger deutschen Zeitung „Volksblatt und Freiheitsfreund“ der Sektion der Wiener Lehrerschaft für bedürftige Lehrpersonen Wiens gespendete Betrag wurde restlos verteilt und den Gesuchstellern durch Post zugesendet. Mit Rücksicht auf die zur Verfügung gestandene Summe konnten leider nicht alle Bewerber berücksichtigt werden. Eine eigene Verständigung über abgewiesene Gesuche erfolgt wegen der hohen Postgebühren nicht.

.....  
Freie Arztstellen. Im Siechenheim Lainz gelangen zwei Primararztstellen für interne Krankheiten zur Besetzung. Entsprechend belegte Gesuche bis 21. Jänner an das städtische Gesundheitsamt.

.....  
Weihnachtsbeteiligung des Militär-, Witwen- und Waisenfonds. Vor einigen Tagen fand im Redoutensaal der Hofburg die Winterbeteiligung von 800 bedürftigen „riegerwaisen des Militär-, Witwen- und Waisenfonds“ statt. Der Präsident des Militär-Witwen- und Waisenfonds Dr. Licht und Bundesminister Dr. Pauer hielten Ansprachen an die Kinder. Das Orchester des Pestalozzi-Vereines besorgte den musikalischen Teil. Die uneigennützigste Mitwirkung der Angestellten in der Hofburg, die bei den Herrichtungen für die Beteiligung intervenierten, sei besonders dankend hervorgehoben. Die Sektion Winterbeteiligung hat im Jahre 1914 begonnen und bisher unter der tatkräftigen Leitung der Gattin des Sektion-Chefs Dr. Baumgartner Frau Alice Baumgartner jährlich rund 3000 Kinder beteiligt.

Mehrheit möge endlich ihr Versprechen zur Befriedigung aller Angestellten erfüllen. Schliesslich fordert er die Beschleunigte Behandlung der Pensionistenvorlage.

GR. Weigl (Sozdem.) sagt im Gegensatz zu GR. Vaugoin, dass die Ziffern, die im Voranschlage für soziale Fürsorge eingestellt sind, eher zu niedrig als zu hoch gegriffen seien. Es sei sonderbar, dass man auf der einen Seite die hohen Ziffern bemängle und gleichzeitig sage, dass die Strassenbahner schlecht entlohnt seien. GR. Vaugoin behauptet, dass im Schema die Lohnbezüge derzeit höher sind, vergisst aber, dass diese Erhöhung erst in den letzten Wochen geschehen sei und dass auch die Bediensteten und Arbeiter der Werke sehr rasch mit ihren Forderungen nachfolgen werden. Man verfolge nur den Zweck, um gegen die verhassten Kollektivverträge anzukämpfen und unter den Bediensteten in den Werken Unzufriedenheit hervorzurufen. Wenn darauf hingewiesen wird, dass die Pensionen sehr gering sind, verweist Redner darauf, dass sich die Gemeinde bemühe, ein Pensionsstatut auszuarbeiten, das den Bediensteten Rechte zubilligt und Gnaden, wie es unter christlichsozialen Aern der Fall war. Wenn man wünsche, dass die Bediensteten besser bezahlt werden, dürfe man auch nicht gegen die Erhöhung der Tarife sprechen. Für die Einführung des Zonentarifes auf den Strassenbahnen und die Verdichtung des Verkehrs bestehen gegenwärtige nicht die unerlässlichen Voraussetzungen. Gegenüber den Beschwerden des GR. Halaubek wegen Missachtung des Koalitionsrechtes müsse abermals festgestellt werden, dass die Christlichsozialen stolz darauf sein könnten, wenn sie eine Stunde während ihrer Herrschaft das Koalitionsrecht in jener Weise respektiert hätten, wie es jetzt geschieht. Bezüglich der Methode bei den Lohnverhandlungen und der Tarifpolitik wird sich die Mehrheit von dem eingeschlagenen Wege nicht abbringen lassen, weil es sich gezeigt habe, dass wir in Wien zum Unterschied von anderen Grosstädten durch die eingehaltene Methode in der Lage waren, die Stadt und ihr Werke vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Dienstag, den 27. Dezember 1921 - Abendausgabe.

Notstandsbauten der Gemeinde Wien. Im Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen berichtete heute GR. Bernam über die Umgestaltung von Baracken in Grinzing, Simmering und in der Laaerstrasse zu Wohnungen. Es werden in drei Barackengruppen 208 Wohnungen mit einem Kostenaufwande von 101,400.000 Kronen, so dass eine Wohnung durchschnittlich auf 400.000 Kronen zu stehen kommt. Die Wohnungen sollen in drei Ausführungen errichtet werden. Die erste Type besteht aus einer Wohnküche, die zweite aus Zimmer und Küche und die dritte aus zwei Zimmern und Küche. Wie in allen derartigen Fällen wurde beschlossen, dass auch für diese Bauten der entsprechende Anteil aus dem Bundes Wohn- und Siedlungsfonds angesprochen wird. Der grössere Teil der Kosten wird aus den Ablösegeldern für überzählige Wohnräume gedeckt, aus denen übrigens eine Reihe von Bauten bereits in Ausführung begriffen sind. Bis Ende Febr werden die letzten dieser Wohnungen beziehbar sein.

Der Wiener Wohnungsmarkt. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat in den ersten zehn Monaten des Jahres 1921 zusammen 8817 Anforderungsbescheide erlassen, von denen 4744 rechtskräftig geworden sind. Von den rechtskräftig angeforderten Wohnungen entfallen 2618 auf Kleinwohnungen (bis zu einem Zimmer und einem Kabinett), 837 auf kleinere Mittelwohnungen (bis zu zwei Zimmern), 342 auf grössere Mittelwohnungen (bis zu drei Zimmern und einem Kabinett) und auf grosse Wohnungen 136. Bei 811 Einzelwohnräumen wurde die Anforderung gleichfalls rechtskräftig. Von Mitte April bis Ende Oktober erfolgten 2460 generelle Anforderungen. Davon betrafen 2081 kleine Wohnungen, 170 kleinere Mittelwohnungen, 166 grössere Mittelwohnungen und 43 grosse Wohnungen. Zugewiesen wurden in den ersten zehn Monaten 7257 Wohnungen. Davon gelangten 1897 an bisherige Untermieter und 673 an vom Hauseigentümer vorgeschlagene Bewerber zur Zuweisung. Geräumt wurden in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 420 Wohnungen, die sich auf 296 Klein-, 105 Mittel- und 19 Grosswohnungen verteilen. Von den 420 geräumten Wohnungen waren 63 von Flüchtlingen bewohnt. Gegen die Anforderung von Wohnungen wurden in der Berichtszeit 5425 Einsprüche erhoben; davon sind 302 zurückgezogen worden. Von den verbliebenen 5321 Einsprüchen wurden 2727 abgewiesen, 103 nur teilweise und 2293 zur Gänze folge gegeben.

Im ersten Halbjahr 1921 fällten die Mietämter 116.432 Entscheidungen über Mietzinssteigerungen, von denen 2009 abweislich waren. Von den übrigen 115.423 Entscheidungen lauteten 45824 auf zulässig, während 69599 nur teilweise Erhöhungen des Mietsinnes vorsahen.

In den Monaten Juli bis einschliesslich September 1921 wurden

von den Mietämtern 48815 Entscheidungen gefällt. Davon erklärten 1274 die Steigerung als unzulässig, während 24700 Entscheidungen die geforderte Zinserhöhung in vollem Ausmasse und 22841 nur als teilweise berechtigt erklärten.

Vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres gelangten an das Wohnungsamt 377 Gesuche um Wohnungsänderungen. Als unzulässig wurden 240 abgewiesen, bewilligt wurden 137. Der Wohnungstausch ist in der Zeit vom 15. April bis 31. Oktober 1921 in 1721 Fällen bewilligt und in 143 abgewiesen worden.

Die Verwendung des Zirkus Reng. In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt wurde ein Schreiben des Landesverbandes Wien der Kesselsinvaliden verhandelt, in dem gegen die geplante Errichtung eines Varietes im Gebäude des ehemaligen Zirkus Reng protestiert wird. Ueber Antrag des Bezirksrates Ranner wurde beschlossen, jedes Ansuchen, das eine solche Verwendung des Gebäudes verlangt, abzuweisen. Gleichzeitig wurde die Bezirksvertretung beauftragt, von diesem Beschluss alle in Betracht kommenden Behörden zu unterrichten.

Konstituierung der „Wag“. Heute wurde im Rathaus die erste Sitzung des Verwaltungsrates der Wasserkraftwerke A.G. (Wag) abgehalten. Die Stelle des Präsidenten bekleidet Bürgermeister Reumann, als Vizepräsidenten fungieren Gemeinderat Prof. Dr. Fränkel, die Direktoren Krasny-Krassien und Ludwig Neurath. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus Landeshauptmann Mayer, Vizebürgermeister Emmerling, Landesrat Segur, Gemeinderat Prof. Schmid, Gemeinderat Dir. Zimmerl, Ministerialrat Ing. Gärtner, sowie aus den Direktoren Kraus, Dr. Mesing, Bernhard Pepper-Artberg, Adolf Pepper-Artberg. Zum leitenden Direktor der neuen Gesellschaft wurde Ministerialrat Dr. Ing Max Fernt bestellt.

4  
Die Gemeindeverwaltung jetzt gegenüber wichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung übt und zu üben gesonnen ist, ist auf die Dauer unerträglich. In erster Linie kommt es auf die produktiven Kräfte an. Wenn man die Strassen vollständig verfallen lässt, wenn man durch mangelhafte Reinigung den Verkehr erschwert oder unmöglich macht, wenn sich die Krankheitskeime ständig vermehren und dadurch die Jugend in der Stadt schweren Schaden an ihrer Gesundheit nimmt, wenn die Pflege der Kulturgüter von Kunst und Wissenschaft so vernachlässigt werden, dass die Tradition abreißt, dann wird es in der Zukunft sehr schwer sein, die Versäumnisse der Gegenwart auch nur einigermaßen nachzuholen. Wir müssen von den amtsführenden Regierern dieser Stadt fordern, dass sie in viel energischerer Masse, von einer blossen fiskalischen Politik übergehen zu einer aktiven Politik im Sinne der öffentlichen Wohlfahrt.

GR. Klimesch (Tscheche) bemerkt, dass die einzelnen Budgetposten nicht kritisieren wolle. Die Tschechen geben gerne zu, dass viele Budgetposten auf sozialistischer Grundlage aufgebaut sind, sie bedauern aber ebenso, dass die Mehrheit in der Praxis von dieser sozialistischen Grundlage abweicht. Die Tschechen müssen in dieser Hinsicht über sehr stiefmütterliche Behandlung Klage führen. Sie lassen sich nicht verdeutschen und wollen ihre Kinder vor der Germanisierung schützen. Der Redner wirft der Mehrheit vor, dass sie auf dem Parteitagen schöne Worte der nationalen Gleichberechtigung finde, aber sonst in dem Strome der Germanisierung mitschwimme. Auf dem Gebiete des Schulwesens werden die Tschechen ganz in den Hintergrund gedrängt. Gerade in den letzten Tagen, als die Führer dieses Staates in der tschechoslowakischen Republik mit den Vertretern der dortigen Regierung höfliche Worte wechselten, und der österreichischen Republik finanzielle Hilfe zugesagt worden ist, wurde ein Vertreter der tschechischen Regierung im Wiener Rathause sehr unfreundlich behandelt. Das Trage nicht zur Verbesserung der Beziehungen bei. Die österreichischen Tschechen sind gerne gewillt an dem Aufbau dieser Stadt mitzuarbeiten, sie könnten die Brücke zwischen beiden Staaten sein, aber man muß ihren Wünschen in Wien wenigstens einigermaßen entgegenkommen. Sie werden für das Budget stimmen, aber fordern, dass die Mehrheit ihre hauptsächlichsten Wünsche erfüllt.

GR. Breyer (chr.-soz.) erklärt, dass durch die Ausführungen des Referenten ein elegischer Zug gegangen sei. Heute ist der 19. Dezember, ein historisches Datum. Heute vor genau 32 Jahren hat das damals gefasste Landesgesetz betreffend die Vereinigung der Vororte mit der Großgemeinde Wien die Sanktion erhalten. Und welcher Unterschied besteht zwischen damals und heute? Das Kapital, von dem die heutige Mehrheit zehrt, ist von der christlichsozialen Partei unter Dr. Lueger geschaffen worden. Hugo Breitner von Jahre 1921 ist ein sorgenbeugter Mann. Drei Jahre ist er mit seiner Partei an der Herrschaft und das Sprichwort „an den Früchten sollt ihr sie erkennen“ kann angewendet werden. Die Früchte befriedigen weder die Bevölkerung noch den Finanzreferenten selbst. Die Mehrheit hat auf ziemlich allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung versagt, alles ist anders gekommen als die Mehrheit vorausgesagt hat und aus dem hoffnungsfreudigen seinerzeitigen Referenten ist ein Mann geworden, der an Gewerbe, Industrie und Handel als seine letzte Hoffnung appelliert. Hiezu habe er aber keine allzugroße Berechtigung, da seine Partei nichts getan hat, auch nur einen von diesen Zweigen zu unterstützen. Im Gegenteil, die Gewerbetriebe wurden unter der Fuchtel der Steuerpresse gedrückt, ja es freut den Referenten sogar, dass wegen der Nichtentrichtung

der Luxuswarenabgabe Gewerbetreibende in den Arrest gesteckt werden. Was die Exzesse vom 1. Dezember anlangt so müsse Redner darauf verweisen, dass das Organ der Mehrheit die Verantwortung den unverantwortlichen Elementen zugewiesen habe. Vergebens habe er eine Äusserung in Wort oder Schrift gesucht, die darauf hinweise, dass sich die Partei des Referenten bemüht hätte, diese Elemente von ihrem Tun abzuhalten. Die Mehrheit war ein stillschweigender Kompagnon der unverantwortlichen Elemente, auf die sie die ganze Schuld der traurigen Ereignisse wälzt.

GR. Erntner (Deutschnational) sagt, dass die ganze Budgetdebatte eigentlich überflüssig sei, da ja der Voranschlag im Klubs der Mehrheit durchberaten und beschlossen wurde, und weil ja alles, was im Gemeinderat hiezu gesprochen wird, von der Mehrheit regiert werde. Wenn auch die Ziffern des Budgets imaginär seien, so handele es sich doch um die Wiederaufrichtung und den Aufbau der Stadt Wien und Oesterreich und von diesem Gesichtspunkte aus sei es Pflicht aller Parteien - und das möge auch vom Nationalrate gesagt sein, - für dieses zu stimmen. Redner beschäftigt sich mit einzelnen Gruppen des Budgets, den Unternehmungen, von denen man sagen könne, dass sie saniert sind, wobei doch zu wünschen wäre, dass sie nicht ihren Betriebsfond von den Großbanken ausgeliehen haben brauchten. Ein äußerst wehes Kapitel des Budgets sei die Wohnungsfürsorge, die gänzlich versage. Ebenso lasse die Strassenpflege vieles zu wünschen übrig. Es wäre auch Pflicht der Gemeinde gewesen, zur Erhaltung der Universität einen entsprechenden Betrag einzustellen. Am Schluss seiner Ausführungen entgegnet der Redner auf die Bemerkungen des GR. Klimesch wegen des deutschen Charakters der Stadt Wien und wegen der Hilfe, die von der Tschechoslowakei, Oesterreich werden soll.

GR. Härmann (Soz.-Dem) bezeichnet die Behauptung der christlichsozialen Redner, dass die Budgetrede des Referenten auf einen elegischen Ton bestimmt war, als unzutreffend. Im Gegenteil, es war ein Optimismus der Grundzug seiner Ausführungen, ein Optimismus, der zu der Hoffnung berechtigt, dass es der Tatkraft der jetzigen Verwaltung gelingen werde, die Stadt aus dem Tiefstand ihres wirtschaftlichen Elends herauszuarbeiten. Gegenüber der Behauptung des GR. Kienböck, dass der Staat zu den Auslagen Wiens mit 8 Milliarden trägt, müsse darauf verwiesen werden, dass die Steuerkräfte Wiens sich nicht zugunsten der Stadt auswirken können, weil sie durch die Machtbefugnisse des Staates gar gehemmt sind. Deshalb ist es durchaus nicht so unverständlich, wenn der Staat zur Erhaltung der Gemeinde den, zu seinem 300 Milliarden Defizit verhältnismäßig minimalen Beitrag von 8 Milliarden beisteuert. Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Einzug in das Rathaus außer ihrem guten starken Willen auch die Eignung mitgebracht, die Stadt wirklich zu verwalten. Dieser Wechsel habe sich unter äußerst ungünstigen Auspizien vollzogen. In einer Zeit, wo ein völliges Chaos herrschte, mußten sich die Sozialdemokraten, von der Sturmflut der Revolution zur Macht gelangt, erst nach und nach in die Verwaltung einarbeiten, während die Christlichsozialen seinerzeit, als sie ans Ruder gelangten, jahrzehntelang Gelegenheit hatten, die Verwaltungstechnik zu studieren. Die Sozialdemokraten haben alle die großen Hindernisse die sich der Verwaltung einer Stadt in den Weg stellten, gemeistert. Und die Tatsache, dass wir dieses Gemeinwesen nach und nach aus schwerer Bedrängnis herausbrachten, ist ein sprechendes Zeugnis für die rüstige Art, wie die Verwaltung jetzt geführt wird. Die Christlichsozialen haben am Anfang, als sie als Minderheit in diesen Saal einzogen, erklärt, dass sie sich auf das angenehme und geschmackhafte Brot der Opposition einrichten wollen. Wie sie das